



## Prügelknaben der Nation!



Jörg Bruchmüller

**Unsere Kolleginnen und Kollegen sollten in Heiligendamm die Politiker schützen, die Sicherheitslage in der Region gewährleisten und zugleich auch das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit aufrechterhalten. Den Frust der G8-Gegner haben nicht die Politiker, sondern unsere Kolleginnen und Kollegen abbekommen. 31 verletzte Polizistinnen und Polizisten allein aus Hessen sind 31 zuviel.**

Der Großeinsatz zum G8-Gipfel hat wieder einmal gezeigt, dass die Polizei sich für Maßnahmen zu rechtfertigen

hatte, für die allein die Politik verantwortlich zeichnet.

Als Dank gab es regelmäßige Einsatzschichten inkl. An- und Abfahrtszeiten zwischen 18 und 20 Stunden. Auch die letzten hessischen Einsatzlagen anlässlich der Demonstrationen am 1. Mai in Rüsselsheim und Raunheim haben Missstände hinsichtlich der Verpflegung und Einsatzzeiten von bis zu 18 Stunden offenbart. Nicht nachvollziehbar war für viele Kolleginnen und Kollegen die Mitteilung im Einsatzbefehl, dass der Verpflegungssatz um 50 Prozent erhöht worden sei. Ich habe unverzüglich unseren Landespolizeipräsidenten davon in Kenntnis gesetzt.

### Der nächste Großeinsatz ist garantiert!

Bush-Besuch, Fußball-Weltmeisterschaft, Papst-Besuch, Studentendemos, G8-Gipfel, NPK-Kundgebungen, Putin-Besuch in Hessen. Die Aufzählung der besonderen Großeinsatzlagen reißt nicht ab. Längst ist bekannt, dass unsere Kolleginnen und Kollegen sich zunehmend dieser besonderen Polizeiarbeit widmen müssen – für das eigentliche Tagesgeschäft bleibt immer weniger Zeit!

Und auch die kleinen Einsatzlagen, beispielsweise ein Fußball-Oberligaspiel, sind längst keine Einsatzlagen mehr für ein paar Streifenwagen. Diese enorme Einsatzbelastung ist mittlerweile zum Regelfall geworden. Ich habe mich dazu hinreißen lassen, in einem Presseinterview von „Event-Polizei“ zu sprechen, obwohl ich eigentlich kein Freund von Anglizismen bin. Aber eine treffendere Formulierung habe ich bislang nicht gefunden.

Diese Negativentwicklung zu einer „Event-Polizei“ bedeutet aber nicht nur, dass das Tagesgeschäft der Polizei nicht mehr wie gewohnt wahrgenommen werden kann, sondern bedeutet auch hinsichtlich der Privatsphäre, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zunehmend Problemstellungen. Es ist keine Seltenheit, dass Ehefrauen auf den Dienststellen anrufen und sich über die zunehmende Unplanbarkeit des Privatlebens beschweren.

### Chance vertan?

Eigentlich sollten mit IZEMA u. a. diese Problemstellungen durch schlanke, unbürokratische Vereinbarungen gemildert werden. Es ist nicht zu

glauben, in welcher unverantwortlichen Art und Weise politisch Verantwortliche und ranghohe Vorgesetzte durch Interpretationsvielfalt und Inkompetenz diese Zielbeschreibung verfehlt haben. Es könnte so einfach sein.

Die neue föderale Gesetzgebungskompetenz gibt uns doch jetzt alle Möglichkeiten. Ich erinnere nur an die Nichtgewährung von Schichtzulagen für Operative Einheiten. Schmeißt den bürokratischen Ballast über Bord! Was und wem nützt eine Erschwerniszulagenverordnung mit nicht mehr überschaubaren und ungerechten Regelungen?

Der Unmut innerhalb der Kollegenschaft war noch nie so groß. Bei vielen Pensionierungsfeierlichkeiten höre ich den Spruch: „Das ist nicht mehr meine Polizei!“ Wen wundert’s?

Personalreduzierungen, erhebliche Einkommensverluste und Machtarroganz sind der Dank für das außergewöhnliche Engagement und die Einsatzbereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen. Schutzleute haben ein gutes Gedächtnis!

## GdP-Hessentour 2007

**„Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah.“**

Dieser Einsicht folgend war es naheliegend, wegen der besonderen landschaftlichen Reize eine Radtour vor der „Haus-tür“ zu planen. Zwischen Taunus und dem Edersee, dem Hohen Meißner und dem Vogelsberg wurde eine Route ausgewählt, die für sportlich ambitionierte sowie gut trainierte Wochenendradfahrer möglich sein sollte.

Darüber hinaus wurde bei der Streckenführung darauf geachtet, möglichst konfliktfreie Routen herauszusuchen. Auf kleinen Kreisstraßen (290 km), wenig befahrenen Landstraßen (70 km) wird die Hessentour gefahren. Dort, wo für Rennräder geeignete Radwege (260 km) vorhanden sind, werden wir diese benutzen. Vor allem entlang der Lahn und der Werra. Auch der hochgelegene Vulkanradweg entlang des Vogelsberges

ist im Etappenplan vorgesehen. Auch für diejenigen, denen es nicht möglich ist, aus welchen Gründen auch immer, die gesamte Tour mitzufahren, ist vorgesorgt worden. Diese haben die Möglichkeit, die jeweiligen Tagesetappen oder Teile davon mitzufahren. Auch hier zählt: „Dabei sein ist alles“. Informationen können bei der GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden erfragt werden.

Jörg Bruchmüller



# Überstunden für Tarifbeschäftigte

Auslöser war die Belastung der Polizeibeschäftigten während der Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr. Es wurden so viele Überstunden gemacht, dass die CDU-Landesregierung sich genötigt sah, Geld für die Bezahlung bereitzustellen.

An „abfeiern“ der Überstunden war nicht zu denken! Daraufhin wurde verkündet, dass Überstunden, auch sogenannte „Altstunden“ für Beamte ausbezahlt werden dürfen. Die einfache Frage: dürfen auch „(Alt-)Überstunden“ von Tarifbeschäftigten finanziell vergütet werden, wurde mit einem klaren Ja beantwortet.

So weit so gut! Man hatte hierbei nicht mit den Juristen gerechnet, die immer dem Wortlaut des BAT und des MTArb folgen. Sie vergessen dabei, dass dies Tarifwerke sind, die eine Mindestnorm darstellen. Wenn etwas „günstiger“ geregelt werden soll, ist dies nicht verboten.

Man veranlasste Umfragen und stellte fest, dass auch im Ta-

rifbereich sehr viele Überstunden angefallen sind. Wen dies verwundert, der hat noch nie etwas von der Aktion (un-)sichere Zukunft und der PVS gehört. Die Arbeit muss weitergemacht werden, aber die Kolleginnen und Kollegen sind in Rente, vermittelt oder in der Freizeitphase der Altersteilzeit. Sie sind jedenfalls nicht mehr da, die Stellen sind verschwunden und eingespart!

Um die Arbeit dennoch erledigen zu können, werden Überstunden angeordnet. Landesaktionstage, Besuche von Staatsoberhäuptern, Antiterrordatei, Hesseitag und vieles andere mehr belasten nicht nur den reinen Vollzugsbereich. Nein, hier werden tausende von Überstunden auch im Tarifbereich gemacht.

Man ist großzügig! Die Überstunden, auch ältere, die eigentlich unter eine so genannte Ausschlussfrist fallen, dürfen bezahlt werden. Es dauert zwar im-

mer noch, aber es soll geschehen. Was aber ist mit den Überstunden, die ich durch Freizeit ausgleichen möchte?

Hier sollen ab sofort nur noch die Vorgaben des BAT und MTArb greifen. Was bedeutet das? Kann ich Überstunden, wenn sie gerade gemacht wurden schon wieder in Freizeit abgelten? Dann muss der Kollege, die Kollegin meine Arbeit mitmachen und es entstehen neue Überstunden. Also bezahlen? Will ich nicht! Es kommt nichts dabei heraus, die Steuern und die anderen Abgaben fressen mehr als die Hälfte auf. Also warten auf ruhigere Zeiten zum Abfeiern? Das soll nicht mehr gehen, denn obwohl in beiderseitigem Einverständnis sehr wohl ein späterer Freizeitausgleich möglich ist, wobei „später“ nicht näher definiert ist, will man auf dem Ausgleichszeitraum von 3 Monaten (in Worten drei) bestehen.

Ich hoffe, dass es uns noch in Gesprächen gelingt, dies abzuwehren. In unser aller Interesse und um unnötige Bürokratie abzubauen, sollte man wie die letzten 20 Jahre verfahren:

*Der gewünschte Freizeitausgleich wird einvernehmlich mit dem Vorgesetzten dann gewährt, wenn beide dies wollen, egal ob es nach sechs Monaten oder zwei Jahren geschieht.*

Verhindern kann man ein Ansammeln der Überstunden im Tarifbereich nur, wenn man endlich frei werdende Stellen wieder besetzen darf und in einigen Bereichen zusätzliche Stellen schafft.

Erika Büttner

## 6. osthessisches Seniorentreffen

Anfang Juni trafen sich die osthessischen Senioren in Niederjossa zu einer Informationsveranstaltung mit dem Thema „Gesundheitsvorsorge im Alter“. Bezirks seniorenvorsitzender Herrmann Müller begrüßte die Teilnehmer und gab einen Überblick über die derzeitige Seniorenarbeit auf Landes- und Bezirksebene.

Gesundheitsvorsorge im Alter wird u. a. durch die Einschränkungen im Gesundheitsbereich, neue medizinische Erkenntnisse und Veränderungen im Lebenswandel der Menschen immer wichtiger. Ein weiterer Baustein war diesmal auch das PSHH e.V. Bernhard Langer stellte in einem Referat Aufgaben, Leistungen und Ziele des PSHH e.V. vor. Von Senior zu Senior führte Bernhard Langer aus, dass es wichtig ist, dass sich die Senioren



Aufmerksame Zuhörer

auch zukünftig aktiv an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen. Viele Themen und Gesetzesänderungen betreffen nicht nur die Aktiven, sondern haben unmittelbaren Einfluss auch auf die Senioren. Die Senioren müssen sich als Teil der Gewerkschaft verstehen und entsprechend auch die GdP unterstützen.

Das PSHH e.V. unterstützte unsere diesjährige Veranstaltung und übernahm die Referentenhonorare.

Über die Gesundheitsvorsorge im Alter referierte der Hünfelder Arzt Klaus Freudenberg. Er klärte den Themenbereich für jeden verständlich. Das Besondere war, dass er anhand der Zwischenfragen noch praxisbezogener die Themenfelder behandeln konnte. Ein Vortrag der seinesgleichen sucht.

Im Anschluss an den Vortrag lud die Bezirksgruppe alle Teilnehmer zu einem kleinen Imbiss ein.

eg

**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Hessen

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**  
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

AUS DEM LANDESSENIORENVORSTAND

# Seminare für Seniorenvertreter

**Seniorenarbeit in der GdP ist eine demokratische Sache, anders wie bei manch anderer DGB-Gewerkschaft, wie ich aus der Mitarbeit im Landesseniorenausschuss des DGB erfahren habe.**

Auch beim DGB selbst hat man wohl noch nicht erkannt, dass die Senioren ein immer größerer Teil der Gewerkschaftsbewegung werden. In Hessen versucht man aber, Seniorenarbeit auf regionaler Ebene zu organisieren. Das klappt in einigen Bereichen auch recht gut. Nach Aktivitäten kann man sich bei den regionalen DGB-Büros erkundigen. Auf Landesebene und Bundesebene ist es bei der GdP ähnlich. Es gibt Bereiche, da wird viel getan und Bereiche, da ruht sozusagen die Seniorenarbeit.

Seniorenpolitik ist aber Gesellschaftspolitik und damit eine Sache von Gewerkschaften, die sich ja die Gesellschaftspolitik auf die Fahnen geschrieben haben.

Nachdem wir nun im vergangenen Jahr ein großes Seminar in Tann organisiert hatten, haben wir, in Zusammenarbeit mit dem Verein Polizei-Sozialhilfe Hessen (PSHH), in diesem Jahr geplant, zwei Seminare zu veranstalten für unsere GdP-Seniorenvertreter. Ein Seminar, am 6./7. September für Nord-, Mittel- und Osthessen und auch die Bereitschaftspolizei, ist in Zella, Hotel Bechtel. Das zweite Seminar für den Südbereich, am 3./4. September, ist in Trebur, Hotel zum Erker.



Bundesseniorenvorstand

## Seniendatei erstellen

Um dieses Seminar auf die Reihe zu bekommen, ist es notwendig, dass erst einmal alle Kreisgruppen ihre aktuellen Seniorenvertreter mit Adresse, Telefon, Fax und E-Mail (soweit vorhanden) ihrer Bezirksgruppe melden und diese die Meldung an die GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden weitergibt. Bisher gibt es eine solche Datei der Seniorenvertreter nämlich noch nicht.

Bei dem Seminar sollen nicht nur fachliche Themen erörtert werden, wie etwa die Gesundheitsreform, es soll vor allem ein Gedankenaustausch zwischen den Seniorenvertretern stattfinden. Dabei kann sich unter Umständen herausstellen, dass man manche Dinge gemeinsam machen kann. Wichtig ist aber, überhaupt erst einmal zu erfahren, was wo gemacht wird, wie die Resonanz ist, wer was leisten kann und wo die Interessen der Senioren liegen. Wichtig wäre auch, zu erfahren, ob die Kollegen/-innen, die kurz vor der Rente oder Pensionierung stehen, Interesse haben an einem Seminar zur Vorbereitung auf den Ruhestand.

## Seniorenpolitik ist Gesellschaftspolitik

Die Anfragen, die ich als Vorsitzender des Landesseniorenausschusses bekomme, befassen sich fast immer mit Beihilfesachen oder auch steuerlichen Angelegenheiten für Senioren. Nicht immer kann ich dabei hundertprozentig genaue Auskünfte geben, da ich kein Sachbearbeiter bin, auch wenn ich mich in Beihilferichtlinien und



Gemeinsam wollen die Vertreter des Landesseniorenvorstandes Gerhard Lehmann, v. l., und Norbert Weinbach mit Bernhard Langer vom PSHH die Seniorenarbeit in Hessen fördern. Foto: GL

im Bundesversorgungsgesetz schon recht gut eingesehen habe. Bisher haben wir aber fast immer eine Lösung der Probleme gefunden.

Angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung (und auch die hessische Landesregierung) die Senioren als Sparschwein der Nation betrachten, siehe Gesundheitsreform, Rente mit 67, Pflegeversicherung, ist es notwendig, dass sich die Senioren organisieren, dass sie gemeinsam ihre Stimme erheben und zeigen, dass sie nicht alles mit sich machen lassen wollen. Wir müssen nicht unbedingt zu einer reisenden Seniorenvertretung werden, die nur Ausflüge in alle Welt unternimmt. Wir können unsere Kollegen/-innen im aktiven Dienst auch noch gut bei Demonstrationen oder anderen Aktivitäten unterstützen.

## Bundesseniorenvorstand

Die Bundes-GdP hat auch in diesem Jahr wieder eine Urlaubsfahrt für Senioren organisiert. Rund 350 Mitglieder fliegen an den Sonnenstrand in Bulgarien. Das ist eine gewaltige logistische Leistung. Wir könnten auch auf Landesebene einmal eine größere Seniorenreise planen, wenn Bedarf besteht.

Was so alles geboten wird und auch auf Landesebene umgesetzt werden soll, steht in dem so genannten APS-Ordner (Aktiv-Programm für Senioren). Diesen Ordner sollten auch alle Seniorenvertreter auf Kreisebene in

Besitz haben. Er muss aber immer wieder überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht werden.

Ein Programm ist das Bestreben, gemeinsam mit dem Bundeswehrverband, positive Beispiele für „Betreutes Wohnen“ zu finden und zu propagieren. Es ist nach Ansicht der Senioren eine Möglichkeit, auch im Alter möglichst lange selbstständig zu leben. Hier hat der Bundesseniorenvorstand eine kleine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit dem Thema befassen wird.

## Kongressbeschlüsse umsetzen

Der Seniorenvorstand versucht aber auch, Zug um Zug die Beschlüsse umzusetzen, die beim Bundeskongress angenommen worden sind und die die Senioren betreffen. Das ist nicht immer einfach, da die Politik manchen gut gemeinten Antrag durch eine andere Gesetzgebung ausgehebelt hat. Befassen müssen wir uns auch mit dem Thema „Rente“. Was jetzt bei den Rentnern passiert (Rente mit 67) kommt auch in irgendeiner Form für die Versorgungsempfänger/-innen. Der Leistungsabbau ist vorprogrammiert. Die Föderalismusreform wird in Zukunft mehr Arbeit und die Arbeit komplizierter machen. Das gilt vor allem für Tarifverhandlungen, die auch Auswirkungen auf die Pensionäre/-innen und Rentner/-innen haben werden.

Norbert Weinbach

# Flexibilisierung des Schichtdienstes diskutiert

**Anfang Mai 2007 fand in dem Vereinsheim des TV Petersberg die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe PAST Petersberg statt.**

Neben den zahlreich erschienen Mitgliedern konnte der Vorsitzende Karsten Bech den Bezirksgruppenvorsitzenden Ewald Gerk begrüßen. Besondere Erwähnung fand die Anwesenheit des Pensionärs Winfried Möller, welchem auf Grund seiner politischen Aktivitäten der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen wurde.

Im Anschluss an die Totenehrung bedankte sich der Kreisgruppenvorsitzende bei seinen Vorstandskollegen für die ehrenamtliche Tätigkeit.

Im Rechenschaftsbericht wurde von Karsten Bech auf die Themen Rückblick WM 2006, PVS, Flexibilisierung der Arbeitszeit (IZEMA ...), Beförderungen, Änderung bei der Beamtenversorgung, Aktivitäten der GdP im Februar 2007 in Baunatal bzw. am 1. Mai 2007 in Fulda und die Aussichten bis 2008 eingegangen.

Ausführlich berichtete Bezirksgruppenvorsitzender Ewald Gerk über das Thema „Flexibilisierung der Arbeitszeit“. Er berichtete hierbei unter anderem über Mindest-/Bedarfsstärken im Schicht- und Tagesdienst, SAP und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Beschäftigten sowie über flexible Dienstgestaltung in anderen Bundesländern, wie z. B. in Nordrhein-Westfalen. Auch über die Thematik der Beförderungen landesweit und im Bereich des PP Osthessen konnte er noch Interessantes vortragen.

Im Anschluss wurde der Rechenschaftsbericht des Kassiers Harald Schlenk bekanntgegeben. Hierbei wurde auf die Ausgaben, Einnahmen und die



**Kreisgruppenvorstand: v. l. Harald Schlenk, Ulrich Wiegand, Karsten Bech und Josef Meier.**

aktuelle Mitgliederzahl eingegangen. Die Kassenprüfer Werner Lessmann und Uli Wiegand bescheinigten dem Kassierer eine ordnungsgemäße und einwandfreie Kassenführung.

In diesem Jahr mussten keine Vorstands-, Neu- bzw. Ergänzungswahlen durchgeführt werden, so dass im Anschluss die

Themen des Tagesordnungspunktes Verschiedenes besprochen werden konnten.

Ein für die PAST Petersberg wichtiger Punkt war die Tagung der GdP-Autobahnkommission. Als Mitglied dieser Kommission konnte Harald Schlenk einiges Neues und Interessantes berichten. Punkte waren unter ande-

rem die Problematik Tausch bzw. neue gelbe Verkehrsdiensteanoraks und Dienstfahrzeuge. Bei den Dienstfahrzeugen wurde über die Neuanschaffung, die Wünsche der Polizeiautobahnstationen (z. B. großvolumigere Fahrzeuge, ...) und die Zukunft der Beschaffung (mehr Multifunktionsfahrzeuge) eingegangen.

Weitere Punkte unter Verschiedenes waren Bekleidungskonto, Stundenberechnung für Geburtstag und Brauchtumstag sowie die anstehenden Aktivitäten der Kreisgruppe im Jahre 2007.

Hier sei besonders das 10-jährige Jubiläum der KG Petersberg erwähnt, welches im Rahmen eines Familienfestes im September dieses Jahres gefeiert werden soll.

**Karsten Bech  
Petersberg**

## AUS DEN REGIONEN

# Richtfest beim Polizeipräsidium Osthessen

**Mit der Neugründung des PP Osthessen im Jahre 2001 wurde übergangsweise ein Gebäude des BGS Fulda bezogen.**

Zu dieser Zeit war die Umplanung der Liegenschaft in der Severingstraße (ehem. US-Kaserne) in vollem Gang. Die Liegenschaft war ausschließlich für die Bedürfnisse der Polizeidirektion Fulda im Ausbau. Es musste umgeplant werden. Die Polizeistation und die Polizeidirektion Fulda wurden nun in dem neu errichteten Gebäude C untergebracht.

Schnell stellte sich heraus, dass dieses Gebäude für beide Organisationseinheiten nicht

ausreichend ist, zumal der PD Fulda noch über zehn Wachpolizeibedienstete zugewiesen wurden, die ebenfalls in dem Gebäude Platz finden mussten. Hinzu kam noch, dass ebenfalls der Personalrat in zwei Räumen in Erdgeschoss des Gebäudes C einzog, da seine Räume im Gebäude A einer anderen Nutzung unterzogen wurden.

Um dem dringend erforderlichen Raumbedarf gerecht zu werden, wird derzeit ein weiteres Bürogebäude erstellt. Ebenfalls wird ein neues Ausbildungszentrum entstehen. In diesem Ausbildungszentrum soll die DiF- und die Schießausbildung zusammengefasst werden. Nach der Fertigstellung wird wohl die Lie-

genschaft in Fulda, Dr.-Dietz-Straße, verkauft werden.

Am 21. Mai wurde Richtfest gefeiert. Neben Ansprachen und dem obligatorischen Richtspruch lud das Hessische Baumanagement zu dem obligatorischen Richtschmaus ein. Im Eingangsbereich des neuen Gebäudes E feierten Handwerker, Bauleute und Gäste knapp ein Jahr nach Baubeginn das wichtige Etappenziel.

Von den Ansprachen sei nur die von Stadtbaurätin Cornelia Zuschke erwähnt. Sie sagte, dass sie die Hoffnung hege, dass bei den Ausbaurbeiten zukünftig auch einheimische Firmen in dem offenen Wettbewerb einen Zuschlag erhalten. **eg**

AKTUELLES

# Späte Einsicht?



Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm 2008 bis 2013 langjährige Forderungen der GdP gegen einen unverantwortlichen Personalabbau endlich aufgegriffen. Sie beabsichtigt:

**„Die Personalstärke der hessischen Polizei in der nächsten Wahlperiode im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu erhöhen – dazu strebt sie an, ab dem Jahr 2008 jährlich 500 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einzustellen.“**

Offensichtlich hat die CDU die GdP-Kritik ernst genommen. Nach der unsäglichen PVS-Personalreduzierung aus dem Programm „Unsichere Zukunft“ folgt nunmehr die Einsicht, dass jedes Jahr mindestens 500 Neueinstellungen nötig sind,

## Personalforderungen der GdP:

- Presseinfo vom 11. 11. 2003:** Stärkung des Schicht- und Wechseldienstes
- Presseinfo vom 23. 9. 2004:** Mehr Polizeivollzugsbeamte anstatt Abbau mittels der PVS
- Flugblatt vom 17. 8. 2005:** Keine Schließung von Polizeidienststellen
- Flugblatt vom 13. 6. 2006:** Reduzierung von 2 Mio. Überstunden
- Presseinfo vom 4. 6. 2007:** Raus aus der Verwaltung, rein in die Reviere

um die Lücken zu schließen. Zudem gilt es der beklagenswerten Altersstruktur bei der Vollzugs-polizei zu begegnen.

Späte Einsicht oder blankes politisches Einsparkalkül? Die Neueinstellungen ab 2008 stehen ohnehin erst ab 2011 zur Verfügung – eine kurzfristige Entlastung ist nicht in Sicht.

Die Tatsache, dass alle personellen Verbesserungen unter

dem Diktat der finanziellen Priorität stehen, stellt die Umsetzung dieser Absichtserklärung auf wacklige Füße.

**Hinsichtlich der Wahrhaftigkeit politischer Aussagen wurden die Polizeibeschäftigten in den vergangenen Jahren mehrfach tief enttäuscht. Wer gibt hier noch einen Glaubwürdigkeitskredit?**

*GdP-Landesvorstand*

## BEARBEITUNG DER BEIHILFE

# ... eine unendliche Warteschleife

Beihilfestelle Kassel ertrinkt in Flut von Anträgen und Anfragen

Rund vier Wochen lang habe er im Dezember versucht, die Beihilfestelle Kassel telefonisch zu erreichen, schrieb ein Kollege aus Südhessen Anfang Januar 2007 dem Innenminister.

Er wollte eine Auskunft wegen der Anschaffung einer neuen Brille. Gelungen sei ihm dies nicht. Jedes Mal sei beim Anruf des „Kundenzentrums“ ein Band angesprungen mit der Bemerkung, dass alle Beratungsplätze besetzt seien und der nächste freie Berater durchgestellt werde. Fehlanzeige.

**Kein Wunder!** Einer der Mitarbeiter verriet einer Kollegin in einem ähnlichen Fall, sie sei die Nummer 60 in der Warteschleife. Da müsse sie lange warten. Anderen Kollegen/-innen erging und ergeht es ähnlich.

Der Sachbearbeiter des Innenministeriums bedankte sich bei unserem Kollegen „für Ihr engagiertes und offenes Schrei-

ben“. „Rückmeldungen wie die ihre sind wichtig, da nur so organisatorische Maßnahmen auf ihre Tauglichkeit und Effizienz überprüft und eventuelle Ergänzungen oder Änderungen angestoßen werden können“. Versprochen hat er, dass die Servicestelle personell verstärkt und die telefonische Erreichbarkeit montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr gewährleistet ist. Die personelle Ausstattung der Telefongruppe umfasse neben der Gruppenleitung zehn vollzeitbeschäftigte Sachbearbeiter/-innen. „Ich gehe davon aus, dass damit ein zufriedenstellender Service gewährleistet werden kann“, schrieb der Herr aus dem Ministerium.

### Probe aufs Exempel

Die Probe ergab, mittwochs um 15.50 Uhr, dass entweder

überhaupt niemand ans Telefon ging und nach einer Weile das Besetztzeichen ertönte, oder dass, ein erneuter Versuch, das Tonband ansprang wie bei einer Hotline. „**Drücken Sie die 1...., drücken Sie die 2“**. Durchgekommen bin ich nicht. Ich habe es aber auch nur wenige Minuten läuten lassen. Wohl dem, der eine Telefon-Flatrate hat, der kann es klingeln lassen.

Antworten bekommt man aber bei einer Fax-Anfrage (0 66 52-9 68 41 60) oder bei einer E-Mail: beihilfe@rpks.hessen.de nach ein bis zwei Tagen. Die Sachbearbeiter verraten dann unter Umständen auch, dass sie ihre zehn eingesetzten Kollegen/-innen von der Telefonberatung unterstützen und dass sie auch am Wochenende arbeiten. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass ein Beihilfeantrag, der zunächst nach Hünfeld geschickt und ge-

scannt wird, etwa vier bis fünf Wochen benötigt, bis er beantwortet und das Geld auf dem Konto ist (Anträge unter 1000 Euro). Bei einem Antrag von fast 4000 Euro war das Geld bereits nach gut einer Woche auf dem Konto.

### Am Personal gespart

**Fazit ist:** Die Kollegen/-innen in Hünfeld und Kassel geben sich alle Mühe, unsere Beihilfeanträge und Anfragen möglichst schnell und umfassend zu beantworten. Die Flut der Anträge und Anfragen ist aber so überwältigend, dass sie die Arbeit kaum schaffen können. Auch bei der Beihilfestelle spart das Land Hessen am Personal. Da helfen auch keine tröstenden Worte aus dem Innenministerium.

*Norbert Weinbach*

# Landesrechnungshof bestätigt die Kritik der GdP

**Auszug aus dem Bericht des Hessischen Rechnungshofes:**

„Zum 1. Oktober 2005 waren im Verwaltungsbereich der sieben Präsidien 568 uneingeschränkt polizeidienstfähige Polizeivollzugsbeamte (umgerechnet in Vollzeitstellen) eingesetzt.

Der Rechnungshof hat hiervon in seiner Betrachtung 348 Vollzeitstellen ausgeklammert, die nicht in vollem Umfang für Steuerungs- und Unterstützungsaufgaben verwendet wurden.“

„Die verbleibenden 220 uneingeschränkt polizeidienstfähigen Polizeivollzugsbeamten entsprechen einem Anteil von etwa einem Fünftel des Gesamtpersonals im Verwaltungsbereich!“

„Der Rechnungshof hat die Auffassung vertreten, dass der Einsatz von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten für Verwaltungsleistungen nicht deren qualifizierter Ausbildung für polizeiliche Fachaufgaben Rechnung trägt und nicht der Zielsetzung der Landesregierung entspricht,



die einen bürgernahen Einsatz von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten verstärken will.“

Der Operation „Unsichere Zukunft“ ist es zu „verdanken“, dass Personal bei der Polizei, auch in der Verwaltung nachhaltig abgebaut wurde. Nach wie vor

muss aber auch dort die Arbeit gemacht werden. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Behördenleiter die Lücken schließen müssen und aus dem Vollzugsbereich uneingeschränkt dienstfähige Kolleginnen und Kollegen verwendet werden.

Letztendlich hat der Schichtdienst die Belastung zu tragen. Die Personalstärken werden immer geringer, die Einsatzbelastung immer höher und die eingeschränkt polizeidienstfähigen Kolleginnen und Kollegen werden immer mehr. Das traurige Ergebnis ist, dass Polizeidienststellen zusammengelegt oder in Tagesreviere umgewandelt werden.

**Die Folge: Deutlich weniger Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger.**

**Innenminister Bouffier forderte noch vor einem Jahr: Raus aus der Wache – ran an die Täter!**

In Kenntnis der tatsächlichen Personalverteilung seiner Polizei hätte er besser gesagt:

**Raus aus der Verwaltung – rein in die Polizeistationen und -reviere!**

## AUS DEN BEZIRKEN

# Sechstes osthessisches Tischtennisturnier

Beim diesjährigen Tischtennisturnier des PP Osthessen in Margrethenhausen nahmen 21 Beschäftigte teil.

Wie in jedem Jahr stand neben dem Einsatz der Spaß an der gemeinschaftlichen Sportveranstaltung im Vordergrund. Die Meisterschaften wurden in den Klassen „Aktive“ und „Hobby“ ausgetragen. Im Doppel der

Hobby-Klasse setzten sich Stefan Bien und Markus Schmidt klar mit 3:1 Sätzen gegen Stefan Heppe und Ulrich Jökel durch.

Im Halbfinale der Klasse Hobby Einzel konnte sich Holger Brauner mit 3:0 gegen Ulrich Jökel und Markus Schmidt mit 3:0 gegen Kai Engebrecht durchsetzen. Markus Schmidt setzte sich im Endspiel gegen

Holger Brauner mit 3:0 Sätzen durch und verteidigte seinen Titel. Das Spiel um Platz 3 entschied Ulrich Jökel für sich.

Spannender verliefen die Spiele bei den Aktiven. Im Doppel der Aktiven-Klasse konnten sich Wolfgang Bruckner und Matthias Herr klar gegen Markus Hofmann und Hans-Otto Schaper mit 3:0 Sätzen durchsetzen.

Wie auch in den letzten Jahren standen sich in der Einzel-Aktiven-Klasse Christof Schürle und Hans-Otto Schaper gegenüber. Das Spiel entschied Christof Schürle mit 3:1 Sätzen für. Dritter wurde Herbert Schmier vom Posten Schlitz.

Die Siegerehrungen wurden im Beisein von Polizeidirektor

a. D. Hermann Bangert, Thomas Scheunert und dem Polizeipräsidenten Eckhard Sauer vorgenommen. Alle zeigten sich beeindruckt von dem gezeigten fairen Sportsgeist.

Beiden Siegern überreichte Thomas Scheunert für die Gewerkschaft der Polizei Präsentkörbe.

Den diesjährigen Ehrenpokal für seine langjährige aktive Unterstützung der Tischtennismeisterschaften erhielt Alfred Hau.

Ein Dank richtete Thomas Scheunert an das Organisationssteam Ingrid Schramm und Michaela Ingling. Beide hatten alles, was für das leibliche Wohl notwendig war, fest im Griff.

**Michaela Ingling**



Erinnerungsfoto

G8-GIPFEL

# Einsatzzeiten beim „Gipfel“ sind nicht zu toppen!

Ein Hotel, im Müritz-Nationalpark, direkt am Müritzsee gelegen, bei wem kommt jetzt kein Urlaubsgefühl auf?

Bestimmt nicht bei den Kolleginnen und Kollegen, die anlässlich der Einsatzmaßnahmen zum G8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern dabei waren.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Unterbringung und Verpflegung waren gut – nur blieb leider kein Freiraum, die Annehmlichkeiten auch genießen zu können.

**Der Reihe nach:**

Bereits Anfang Mai unterstützten Hundertschaften der Hessischen Bereitschaftspolizei, wochenweise im Wechsel, das Land Mecklenburg-Vorpommern. Je näher der Beginn des G8-Gipfels rückte, umso mehr Polizei aus allen Teilen der Republik konnte man rund um Rostock und im ganzen Bundesland ausmachen.

Nicht verschweigen sollte man, dass andere Unterbringungsortlichkeiten bei weitem nicht den Standard nach dem Leitfaden 150 erreichten.

Ich denke, es ist auch ein Stückweit Verdienst derjenigen, die sich um Unterbringung und Verpflegung unserer Beschäftigten kümmern. Nicht zuletzt ha-

ben sich Personalvertreter Gehör bei Behördenleitung und Landespolizeipräsidium verschafft.

Auf die Darstellung der Unterbringungsstätte beim letztjährigen Bush-Einsatz in Mecklenburg-Vorpommern wird bewusst verzichtet. Ein Wermutstropfen blieb: die Entfernung zum Einsatzort betrug 100 Kilometer. Insbesondere die Fahrerinnen und Fahrer, die nach Einsatzende die Halbgruppenwagen zurückfuhren, waren nicht zu beneiden und hatten sicherlich eine gehörige Portion Verantwortung zu tragen.

Polizeidirektor Hans Knapp, Leiter der III. BPA in Mühlheim am Main, war der „Chef“ der Hessen. Die professionelle Einstellung und das Zutun aller eingesetzten Kräfte erleichterten PD Knapp die Arbeit vor Ort. Ein dickes Lob an dieser Stelle an Hans Knapp und seine komplette Führungsgruppe.

**Belastungen**

Die sich anbahnenden Belastungen sollten durch einen eigens erstellten 3-Schichten-Dienstplan aufgefangen werden. Dies funktionierte bis zu jenem Samstag in Rostock, der allen im Gedächtnis bleiben wird. In Folge der exzessiven Krawalle wurden die Dienstpläne über den Haufen

geworfen. Man wusste eben nicht, wie es weitergeht! In Gesprächen mit den eingesetzten Kräften vor Ort wurde deutlich, dass diese dargebrachte Art von Gewalt bisher einzigartig war. Erfahrene Hundertschaftsführer, die schon zu Startbahnzeiten dabei waren, zeigten sich negativ beeindruckt.

Die Dienstzeiten explodierten! 17- bis 22-Stunden-Dienste waren zu leisten. Dass dies natürlich niemanden begeisterte, ist selbstredend. Dennoch, und das ist das Erstaunliche daran, hat die hessische Bereitschaftspolizei durchgehalten und einen professionellen Job abgeliefert.

**Dienstwagen**

Leider mussten die Vitos, die der Einzeldienst zur Verfügung gestellt hatte, vor dem Einsatz wieder zurückgegeben werden. Ohne auf den Stern Wert zu legen, kann ich sagen, es war eine falsche Entscheidung!

Die Ersatzmodelle vom Typ Ford Transit boten nicht den Komfort, den die erwähnten Arbeitszeiten verlangen.

Auch hatten die eigens mitgereisten KFZ-Handwerker alle Hände voll zu tun!

Den Verantwortlichen sei an dieser Stelle empfohlen, einmal einen 20-Stunden-Dienst mit den angesprochenen Halbgruppenwagen zu versehen! Dann würde ihnen die Dimension dieser Fehlentscheidung bewusst.

Konsequenz! Dem maroden Fahrzeugpark der hessischen Bereitschaftspolizei muss dringend durch die Beschaffung von geeigneten Ersatzfahrzeugen begegnet werden. Wenn dies der Bund nicht leistet, muss es Hessen selbst tun.

**Rostock**

Ausschreitungen in solcher, noch nicht dagewesener Bruta-



lität führten dazu, dass über 430 Polizistinnen und Polizisten verletzt wurden. Darunter waren auch 31 Hessen. Das Gewaltpotential rekrutierte sich auch aus europäischen Nachbarländern. Rückblickend hatten wir Glück, dass niemand sein Leben lassen musste. Dem Ruf nach neuen Waffen erteile ich an dieser Stelle eine deutliche Absage, wie auch der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg. Er sagte: „Das ist eine neue Qualität der Gewalt, die fassungslos macht. Die Ereignisse im Verlauf des gestrigen Tages zeigen auch, dass die angereisten Gewalttäter an einen friedlichen Verlauf der Demonstrationen nicht interessiert sind – egal, wie sich die Polizei verhält...“. „Die Polizei muss ihre Einsatzmaßnahmen so wählen können, dass Leben und Gesundheit der Beamtinnen und Beamten nicht gefährdet sind...“. „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind es, die im Steinhagel stehen, mit Feuerwerkskörpern beschossen und sogar mit Messern verletzt werden. Ausgerechnet sie für einen unfriedlichen Verlauf der Demonstrationen zu kritisieren, ist absurd.“

Fortsetzung auf Seite 8



Jens Mohrherr (links) und Roland Kramer (rechts) waren die Personalvertreter vor Ort und betreuten die hessischen Einsatzkräfte.



Hessische Einsatzkräfte mit friedlichen Demonstranten.

Fortsetzung von Seite 7

Wie eng es um den Personalkörper der Polizei in Hessen aber auch bundesweit bestellt ist, wurde daran deutlich, dass mehrfachen Kräftenachforderungen nicht in der gewünschten Höhe Folge geleistet werden konnte. Auch darf nicht vergessen werden, dass annähernd 100 Studierende die HBP verstärkten. Den politisch Verantwortlichen muss spätestens jetzt deutlich geworden sein, dass mehr Polizei benötigt wird. Veröffentlichte Versprechungen müssen dringend mit Leben erfüllt werden. Die Zugabe von Millionen

für Überstundenauszahlungen ist dann verwirkt, wenn Erholungsphasen nicht mehr ausreichend genommen werden können.

Seit Jahren werden die Polizeibeamtinnen und -beamten durch einen harten Einsatz-Marathon gehetzt. Die Polizei verkommt zunehmend zu einer Event-Polizei.

Schon nach dem national wie international hoch gelobten WM-Einsatz der deutschen Polizei ist es für viele der Kolleginnen und Kolleginnen einfach weitergegangen. Ohne Urlaub, ohne Pause, nur mit einem pauschalen Lob der Politik.

Jens Mohrherr

## HINWEIS

Redaktionsschluss für die Ausgabe „August 2007“ ist am: **Montag, 2. 7. 2007.**



Landtagswahlen  
in  
**6 Monaten**

- **Einführung der 42-Stunden-Woche**
- **Kürzung des Weihnachtsgeldes**
- **Streichung des Urlaubsgeldes**

## Werner Placzek verstorben



† Werner Placzek

Wenn auch schon seit einigen Jahren die Gesundheit zu wünschen übrig ließ, kam die Nachricht von seinem Tod völlig überraschend.

Im Alter von 59 Jahren, acht Monate vor dem Ruhestand, verstarb PHK Werner Placzek am 3. Mai 2007.

Nach den Einzeldienstjahren wechselte er schon früh in die heutige Abteilung Zentrale Dienste, in der er bis zuletzt die Datenstation (Z 12) leitete.

Er liebte seinen Beruf. Das merkte man auch bei seinem

langjährigen Engagement für die GdP, in der er als Vertrauensmann für seine Dienststelle im Vorstand der Kreisgruppe Offenbach mitarbeitete. Er besaß ein ausgeprägtes gewerkschaftliches Selbstverständnis.

Wir werden Werner nicht vergessen.

Vorstand der KG OF/JS

## EHRUNGEN

### 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Manfred Holzapfel**  
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

### 60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Josef Heilmann**  
Kreisgruppe Offenbach  
**Johann Runkel**  
**Karl-Heinz Thal**  
Kreisgruppe Kassel  
**Siegfried Tomas**  
**Anton Markus Seipel**  
Kreisgruppe Fulda  
**Heinrich Hedrich**  
**Karl Hill**  
Kreisgruppe Vogelsberg  
**Kurt Arnold**  
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

## ES VERSTARBEN

**Hermann Schminke**  
**Erwin Müller**  
Kreisgruppe Bergstraße

**Werner Placzek**  
Kreisgruppe Offenbach

**Otilie Webert**  
**Heinrich Böff**  
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

**Berthold Grimm**  
Kreisgruppe Limburg-Weilburg

**Elfriede Hoffmeister**  
Kreisgruppe PAST Baunatal

**Peter Bingel**  
Kreisgruppe Butzbach

**Michael Kolbe**  
Kreisgruppe D V/S Südhessen

**Martin Münch**  
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

**Josef Birkenstock**  
Kreisgruppe Rheingau

**Hans Höhne**  
Kreisgruppe Kassel

*Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.*